RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR FAMILIE, FRAUEN, JUGEND, INTEGRATION UND VERBRAUCHERSCHUTZ

Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz
Kaiser-Friedrich-Straße 5a | 55116 Mainz

Vorsitzender des
Ausschusses für Familie, Jugend,
Integration und Verbraucherschutz
Herr Jochen Hartloff, MdL
Landtag Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

LANDTAG
Rheinland-Pfalz
17 / 1677
VORLAGE

DIE MINISTERIN

Kaiser-Friedrich-Straße 5a
55116 Mainz
Postfach 31 70
55021 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2644
Ministerbuero@mffjiv.rlp.de
www.mffjiv.rlp.de

Mein Aktenzeichen	Ihr Schreiben vom	Ansprechpartner/-in / E-Mail	Telefon / Fax
		Susanne Amon Susanne.amon@mffjiv.rlp.de	06131 16-5186 06131 1617

06. 07. 17

Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz am 13.06.2017
TOP 8 „Traumazentren zur Behandlung von Asylsuchenden“,
Antrag der CDU-Fraktion, Vorlage 17/1556

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Hartloff,

in der vorgenannten Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz wurde der Tagesordnungspunkt Nr. 8 mit der Maßgabe der schriftlichen Berichterstattung für erledigt erklärt.
Ich berichte daher wie folgt:
Aufgrund von Kriegs-, Gewalt- und Fluchterfahrungen im Heimatland oder auf der Flucht sind viele Flüchtlinge traumatisiert oder leiden an psychischen Störungen. Da sich das Land dieser besonders schutzbedürftigen Personengruppe besonders verpflichtet sieht, hat die psychotherapeutische Betreuung von Flüchtlingen eine besondere Bedeutung. Da die Flüchtlinge aus vielfältigen Gründen einen erschwerten Zugang zu den Regelstrukturen unseres Gesundheitswesens haben, besteht in dem Land Rheinland-Pfalz ein spezialisiertes Angebot zur psychosozialen Versorgung.

Tag der Deutschen Einheit
Mainz
2.–3. Oktober 2017

Dieses besteht derzeit aus fünf Psychosozialen Zentren für Flüchtlinge an den Standorten Trier, Mayen, Mainz, Ludwigshafen und Altenkirchen.
Sie alle erhalten eine Förderung durch das Land. Die PSZ bieten Beratung und Information, Diagnostik und Therapie, Gutachten und Stellungnahmen, Gruppenangebote, Multiplikatorenarbeit und Fortbildungen. Hinzu kommt eine landesweit agierende Koordinierungsstelle, die die Öffnung ins Regelsystem erleichtern soll.
Diese Versorgungsstruktur wurde im Jahr 2016 mit bis zu 750.000 € gefördert; dies war ein Aufwuchs um 250.000 gegenüber 500.000 im Jahr 2015. Mit dem Doppelhaushalt 2017/18 konnte dieser Betrag nochmals aufgestockt werden, so dass für die psychosoziale Versorgung für Flüchtlinge in unserem Haushalt rund 1 Mio. Euro zur Verfügung stehen. Dadurch kann ein weiteres PSZ in der Westpfalz gefördert werden, diese Region war bisher unterversorgt. Träger wird das DRK werden. Der Start ist für den 1. Juli vorgesehen.
Die Psychosozialen Zentren stehen im Rahmen der Beratung und Behandlung von Flüchtlingen in Kontakt mit den Ärzten und Ärztinnen (nach Vorlage einer Schweigepflichtentbindung), beratenden Einrichtungen, dem Sozialamt, den Ausländerbehörden und ggf. dem BAMF. Diese Vernetzung mit regionalen Kooperationspartnerinnen und -partnern und/oder mit Behörden ermöglicht eine Behandlung bzw. Beratung der Personen, die den subjektiven Ansprüchen gerecht werden. Weiterhin wird die Vermittlung der Personen in die Regelversorgungsstrukturen ermöglicht.

Im Jahr 2015 wurden durch die PSZs insgesamt 1.866 Personen versorgt, inklusive Telefonberatung. Davon waren 212 Personen in einer Therapie.
Im Jahr 2016 wurden rund 1.400 Personen versorgt, inklusive Telefonberatung. Davon waren 117 in Therapie und 735 in einer Beratung.
Die Zahlen variieren zwischen 2015 und 2016 u.a. deshalb, weil die Zusammenstellung für 2016 noch nicht vollständig erfolgen konnte.

Die Koordinierungsstelle für die interkulturelle Öffnung des Gesundheitswesens in Rheinland-Pfalz wurde eingerichtet, um die Akteure des Gesundheitswesens bei der

Tag der Deutschen Einheit
Mainz
2.-3. Oktober 2017

Versorgung geflüchteter Menschen zu unterstützen. Auch diese wird durch das MFFJIV gefördert.
Ziele der Koordinierungsstelle sind die interkulturelle Sensibilisierung und Kompetenzerweiterung der Akteure des regulären Gesundheitssystems für die Behandlung von psychisch erkrankten ausländischen Personen, das Initiieren eines Netzwerks von Ärztinnen und Ärzten sowie von Psychotherapeutinnen und Psychotherapeuten zur Behandlung, Krisenintervention, Diagnostik und Therapie, die Weiterentwicklung der spezialisierten Beratungs- und Behandlungseinrichtungen für Flüchtlinge und deren Implementierung in das reguläre Gesundheitssystem.
Daneben sollen Weiterbildungs- und Fortbildungsangebote für ÄrztInnen und TherapeutInnen für die Arbeit mit traumatisierten und psychisch erkrankten Flüchtlingen in Zusammenarbeit mit der Landesärzte- und Landespsychotherapeutenkammer entwickelt werden und ein Sprachmittlungspool unter Einbeziehung bestehender Projekte und Maßnahmen in Rheinland-Pfalz aufgebaut werden.

Was die Koordinierungsstelle bisher geleistet hat:

- Seit 2015 hat die Ko-Stelle 25 Schulungen durchgeführt (2015: 8 Dolmetscherschulungen, 4 PsychotherapeutInnenschulungen; 2016: 7 Dolmetscherschulungen, 4 PsychotherapeutInnenschulungen, 2017 2 Dolmetscherschulungen).

- Weiterhin hat die Koordinierungsstelle an verschiedenen Netzwerktreffen und Arbeitsgemeinschaften (wie der AG Flucht und Trauma, BAfF sowie die AG psychosoziale Gesundheit von Geflüchteten) teilgenommen und mitgewirkt. Ferner bietet die Koordinierungsstelle sowohl telefonisch, als auch via Email und über unsere Internetseite Unterstützung für die Arbeit mit psychisch kranken Geflüchteten.

Zusätzlich wurde ein Arbeitskreis Psychsoziale Versorgung von Geflüchteten auf Basis eines Ministerratsbeschlusses eingerichtet, um auf eine Verbesserung der Situation der psychosozialen Versorgung hinzuwirken. Die Federführung liegt bei dem Ge-

Tag der Deutschen Einheit
Mainz
2.-3. Oktober 2017

sundheits- und Integrationsministerium. Gemeinsam mit den Partnern aus dem Gesundheits- und Sozialwesen, den PSZs, der Flüchtlings- und Jugendhilfe hat sich die Landesregierung im Rahmen der genannten Arbeitsgruppe eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Versorgungsangebote und Problemlagen vorgenommen. Der Arbeitskreis hat bisher zweimal getagt.

Als erforderliche Verbesserungen wurden genannt:

- Ausbau niedrigschwelliger Angebote in den AfAs (Ge-sprächsgruppen, Beratungsangebote
- Erprobung eines Screeningverfahrens zur Früherkennung von Traumatisierungen (Soll in der AfA erprobt werden)
- Ausbau der DolmetscherInnen- und SprachmittlerInnenangebote
- Abbau von Barrieren bei der Kostenerstattung von Therapien durch Kommunen, bzw. von fehlenden Finanzierungsmöglichkeiten von Dolmetscherkosten bei GKV.

Derzeit werden auf der Basis der Arbeitsergebnisse des Arbeitskreises ein Konzept und ein Maßnahmenplan zur Verbesserung der psychosozialen Versorgung von Geflüchteten erstellt.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

Dr. Christiane Rohleder, Staatssekretärin

Tag der Deutschen Einheit
Mainz
2.-3. Oktober 2017